

Riesfaer Tageblatt



Drahtanschrift
Tageblatt Riesfa,
Fremus Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Circuloffice
Riesfa Nr. 52.

Nr. 97.

Dienstag, 26. April 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug 2,14 einchl. Postgebühren (ohne Zustellgebühren). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Vermittelter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zeitraubender und Erfüllungsort: Riesfa. Achtstündige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesfa.

Das Echo der Preußenwahl.

Das Kabinett Braun will nicht demissionieren.

1) Berlin. Nach den Feststellungen des preussischen Landeswahlleiters sind bei der preussischen Landtagswahl 22 069 849 gültige Stimmen abgegeben worden. Die Wahlberechtigung betrug 81 Prozent. Die Gesamtzahl der Abgeordneten im neuen Landtag beträgt 422. Davon sind in den Wahlkreisen direkt gewählt 350 Abgeordnete, durch Verbindungen in den Wahlkreisverbänden 51. Die Zahl der nach der Landeswahlliste gewählten Abgeordneten beträgt 41. In der Verteilung der Mandate hat sich nach den amtlichen Feststellungen nichts mehr geändert. Es entfallen nach der Stärke der Parteien auf die Nationalsozialisten 182, auf die Sozialdemokraten 83, auf das Zentrum 67, auf die Kommunisten 57 und auf die Deutschnationalen 31. Ferner haben erhalten die Deutsche Volkspartei 7, die Deutsche Staatspartei und der Christlich-sozialer Volksdienst je 2 und die Deutsch-hannoversche Partei einen Abgeordneten. Von den kleinen Parteien hat keine in einem Wahlkreis ein Grundmandat erreicht. Die Deutsche Volkspartei verdankt ihre sieben Mandate nur der Tatsache, daß sie durch Listenverbindungen in den Wahlkreisverbänden vier Mandate erhielt, zu denen dann noch drei auf der Landesliste gekommen sind. Die Deutsche Staatspartei hat nur ein Grundmandat im Wahlkreisverband Berlin erhalten, so daß ihr trotz ihrer mehr als 100 000 Stimmen nur ein weiteres Mandat auf der Landesliste zugesprochen werden konnte. Mehr als eine Million gültiger Stimmen mußte unberücksichtigt bleiben, da sie für Splitterparteien abgegeben waren, die ganz ausfielen, oder weil, wie beispielsweise bei der Staatspartei, die nötigen Grundmandate nicht erreicht wurden.

Am stärksten ist im neuen Landtag der Wahlkreis Hesse-Nassau, nämlich mit 24 Abgeordneten, vertreten. Dann folgen Weiskalen-Süd mit 20, die Wahlkreise Düsseldorf-Ost, Weiskalen-Nord, Potsdam I, Berlin und Ostpreußen mit je 19, Breslau und Köln-Nachen mit je 18, Potsdam II mit 18 und Pommern mit 17 Abgeordneten. Am schwächsten sind die Wahlkreise Erfurt und Weiskalen mit je 4 Abgeordneten vertreten.

Von bekannteren Vertretern der Parteien sind nach den Listen u. a. gewählt bei den Nationalsozialisten der bisherige Abg. Rube, ferner Dr. Goebels, Oberstleutnant a. D. Schulz, Graf Helldorf, Prinz August Wilhelm von Preußen und General Dismann. Bei den Sozialdemokraten sind Ministerpräsident Braun und Innenminister Severing, der bisherige Fraktionsführer Heilmann, Landtagspräsident Wittmann, Polizeipräsident Orzechowski, die Abgg. Jürgensen, Leinert und Börsing wiedergewählt worden. Neu zieht in den Landtag Kultusminister Grimme ein. Von den Deutschnationalen sind der Fraktionsführer v. Winterfeld und der Geschäftsführer Borch wiedergewählt, neue Abgeordnete sind u. a. der Stahlhelmführer v. Morozowicz und Dr. Stadler. Beim Zentrum sind die Minister Steiger und Dirsefer wiedergewählt. Von der Deutschen Volkspartei ziehen mit dem Fraktionsführer Stendel die Abgg. Schwarzhaupt und Frau v. Kulewa wieder in den Landtag ein. Von der Staatspartei sind nur der bisherige Abgeordnete Ruffke und Handelsminister Schreiber gewählt. Als Vertreter des Christlich-Sozialen Volksdienstes werden der zweite Reichsführer Müller und Dr. Weidt-Frankfurt in den Landtag einzuziehen. Bei den Kommunisten sind u. a. die Abgg. Pieck, Kaiser und Koenen gewählt.

Im einzelnen können sich in den nächsten Tagen noch Verschiebungen ergeben, da die Parteien das letzte Wort über die Reihenfolge der Gewählten haben.

Die DNVP zur Preußenwahl. Reichstagsneuwahlen gefordert.

* Berlin. Unter der Überschrift: „Die Niederlage des Systems“ veröffentlicht der Pressechef der DNVP, Hans Profius in den parteiamtlichen Mitteilungen längere Ausführungen zum Ergebnis der Preußenwahl, in denen es unter anderem heißt: Da man nicht damit rechnen kann, daß das geschlagene System freiwillig selbstverständliche Folgerungen zieht, muß seine Niederlage durch entscheidenden Kampf im neuen Landtag selbst besiegelt werden. Die Wiederaufhebung der Geschäftsordnungsänderung oder aber die planmäßige Verschärfung jedes Versuches, die alte Regierung weiter am Ruder zu erhalten, sind die angegebenen Mittel dafür.

Die Folge der Wahl kann nur die sein, daß der alte Landtag aufgelöst wird. Die weitere Folge muß die sein, daß durch den endgültigen Rücktritt der Regierung Braun der Weg für ein arbeitsfähiges Kabinett der Rechten freigelegt wird. Schließlich aber muß der Reichspräsident von Hindenburg einsehen, daß auch Millionen seiner Wähler die Verechtigung des Arztes Brüning-Braun fordern, und daß er nur dem Willen des Volkes Rechnung trägt, wenn er auch den überalterten Reichstag auflöst und hier die Bahn für eine Reichsregierung freimacht. Die Deutschnationale Volkspartei hat am 25. April den neuen Kampf begonnen. Sammlung der eigenen Kräfte und Einsatz zur endgültigen Beseitigung des Systems sollen Suabenberg die Grundlage zu seiner Wiederaufbauarbeit schaffen.

1) Berlin. Entgegen anderslautenden Gerüchten wird die preussische Regierung Braun-Severing nicht einmal insoweit die übliche parlamentarische Form wahren, daß sie formell demissioniert. Sie will vielmehr warten, bis der neue Preussische Landtag zusammengetreten ist. Damit hat es aber noch gute Weile. Offiziell erlischt die Funktion des alten Landtages am 20. Mai. Auf Grund der preussischen Verfassung tritt der neue Landtag automatisch spätestens am 30. Tage nach diesem Termin zusammen, also am 19. Juni, und da dies ein Sonntag ist, am 20. Juni. Die preussische Vorkriegsregierung wird zweifellos bis zu diesem Termin am Ruder bleiben, also ihre nach parlamentarischem Brauch reiflos verwirklichte Position bis auf die letzte Minute festhalten. Erst wenn der neue Landtag einen neuen Präsidenten gewählt haben wird — da die Nationalsozialisten die härteste Partei Preußens sind, kommt dabei nur ein Nationalsozialist in Frage — wird sie formell demissionieren. Dann wird das große Frage- und Antwortspiel um die Neubildung einer arbeitsfähigen Regierung in Preußen beginnen.

Zu dem Wahlergebnis selbst ist noch nachzutragen, daß die Vernichtung der Splitterparteien im wesentlichen auf zwei Bestimmungen zurückzuführen ist. Auf Grund einer Notverordnung der Regierung Braun wurde der Wahlquotient von 40 000 auf 50 000 heraufgesetzt, damit bei der zu erwartenden großen Wahlbeteiligung kein allzu umfangreicher Landtag bestünde. Auf Grund derselben Verordnung wurde aber auch die Aufrechnungsmethode der Reststimmen grundlegend geändert. Splitterparteien haben

nur dann Aussicht, zu Mandaten zu gelangen, wenn sie in einem Wahlkreis mindestens 20 000 Stimmen erzielen. Nicht zuletzt auf diese Bestimmung ist der völlige Zusammenbruch der bürgerlichen Mitte zurückzuführen.

Die erste politische Partei, die zum Wahlergebnis Stellung genommen hat, sind die Nationalsozialisten. Sie beantragen die Nachfolge Brauns. Eine offizielle Erklärung des preussischen Fraktionsführers Rube besagt, die Nationalsozialisten seien bereit, mit jedem zusammenzuarbeiten, der ein nationales, von sozialistischem Gerechtigkeits Sinn erfülltes und von kräftigem Geist veredeltes Preußen wolle. „Wir wollen niemand zurück.“ Der neue preussische Ministerpräsident werde, so erklärt Rube, von Adolf Hitler bestimmt werden.

Auch der Vorstand der preussischen Zentrumspartei veröffentlicht eine Kundgebung, in der es heißt: Die neugewählte Zentrumspartei werde getreu dem Programm und der Ueberlieferung der Gesamtpartei auch im neuen Landtag das Ziel ihrer Politik in der Aufrechterhaltung christlich-deutscher Volkskultur und einer gesunden Volkswirtschaft sehen. Sie sei bereit, mit allen Parteien zusammenzuarbeiten, die auf der Grundlage der Verfassung dem Wohle des ganzen Volkes zu dienen entschlossen seien.

Beide Parteienäußerungen müssen wohl zunächst nur taktisch gemertet werden. Bekanntlich geht das Bestreben der Parteien nach Neuwahlen immer darauf hinaus, der anderen Seite die Schuld an einer etwa scheiternden Zusammenarbeit zuzuschreiben.

NSDAP verlangt Rücktritt der preussischen Regierung.

1) München. Die nationalsozialistische Parteikorrespondenz beschäftigt sich mit den politischen Auswirkungen der Wahl und schreibt u. a., das Volk habe seinen Urteilspruch gefällt und die NSDAP, beauftragt, diesen Spruch zu vollziehen. Daß die NSDAP bereit sei, dem Willen des Volkes entsprechend die Regierungsverantwortung liberal und in allen Ländern zu übernehmen, in denen die bisherigen Regierungen in die Minderzeit versetzt worden sind, das gelte insbesondere auch für Preußen. Wenn man von den Nationalsozialisten Haltung vor den Wahlen der Demokratie verlange, dann sei es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß die Regierung einer nationalsozialistisch geführten Regierung das Feld räume. Die NSDAP werde

sich mit der Aenderung der Geschäftsordnung des preussischen Landtages nicht abfinden. Sie werde nicht dulden, daß der erklärte Volkswille vergeblich werde. Sie sei stark genug, um ihren Gegnern in den Parlamenten und öffentlichen Körperlichkeiten das Leben sauer zu machen. Man möge uns, so heißt es in der Erklärung, nicht mit solbungs-vollen Ruhe- und Ordnungsapfeln oder geuchelten moralischen Ermahnungen kommen. Wir sind als Träger des Volkswillens bereit, ein lauberes Staatswesen in einem sauberen Preußen wieder aufzubauen und werden niemand zurückstoßen, der sich uns zur Mitarbeit zur Verfügung stellt.

Eine Erklärung der preussischen Staatsregierung Neuer Landtag am 24. Mai einberufen.

Berlin. (Funkpruch.) Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Das preussische Staatsministerium hat heute auf Grund des Artikels 17 der preussischen Verfassung beschlossen, den neuen Landtag am 24. Mai d. J. einzuberufen und ihm als verfassungsmäßige Folge aus dem Anfall der Wahlen seinen Rücktritt in seiner Gesamtheit mitzuteilen.

Bis zur Neuwahl des Ministerpräsidenten und der Uebernahme der Geschäfte durch eine neue Regierung ist das Staatsministerium auf Grund des Artikels 59 der Verfassung verpflichtet, im Amte zu bleiben.

Eine frühere Einberufung des Landtags als am 24. Mai ist aus technischen Gründen unmöglich. Auch eine Auflösung des jetzigen Landtags könnte den Termin nicht verschieben; denn der Landtag kann nicht eher zusammen-treten, bis ein den Bestimmungen des Landeswahlgesetzes entsprechendes endgültiges amtliches Wahlergebnis zusammen mit den Annahmeerklärungen der einzelnen gewählten Abgeordneten vorliegt. Während früher die Abgeordneten der Landesliste automatisch anrückten, wenn ihre Vorkämpfer ihren Kreiswahlvorsitz angenommen hatten, ist jetzt die Bestimmung der Abgeordneten aus der Landesliste der Entscheidung der Parteien vorbehalten. Der Landeswahlleiter muß deshalb erst eine achtstündige Entscheidungsfest der Parteien abwarten.

Eine Kundgebung Hitlers.

* München. Adolf Hitler hat nach Vorliegen der ersten Wahlergebnisse folgende Kundgebung an alle Nationalsozialisten erlassen: „Mit dem heutigen Tage hat unsere Bewegung ihren bisherigen Erfolgen einen gewaltigen herrlichen Sieg hin-

zugefügt. Wir sind nunmehr unumstritten zur weitest ausbreitenden Partei Deutschlands geworden. Alle Unterdrückungs- und Vergeblichkeitsmaßnahmen unserer Gegner konnten den Emporklang unserer Bewegung nicht verhindern. Dieser Erfolg ist nicht das Ergebnis irgendeiner „flüchtigen Taktik“, sondern die Frucht einer andauernd unermüdeten fleißigen Arbeit. Was die politische Organisation und die Propaganda in diesen Wochen geleistet haben, ist einzig dastehend. Aus übervollem Herzen aber danke ich besonders meinen mit und der Bewegung in unerschütterlicher Treue ergebenden ehem. SA- u. SS-Männern und -Führern, die als Parteigenossen wie immer mutig und opferbereit ihr allerletzes hergegeben haben. Sie, die Leiter der Organisation und Propaganda der Partei, sowohl als die Männer unserer Presse, sie alle können sich diesen großen Sieg als Frucht ihrer Fähigkeit und Arbeit zurechnen. Unsere Aufgabe ist es nun, keine Stunde zu ruhen, sondern den Kampf für die Erhebung und Befreiung Deutschlands sofort wieder aufzunehmen und weiterzuführen.“

Lausanner Konferenz am 16. Juni.

Einladung durch England.

Berlin. (Funkpruch.) Auf Grund des Beschlusses der sechs Räte Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans hat gestern der britische Botschafter in Berlin eine Note überreicht, in der angefragt wird, ob die deutsche Regierung damit einverstanden ist, daß die Lausanner Reparationskonferenz am 16. Juni beginnt. Eine gleichlautende Note haben die englischen diplomatischen Vertreter in Paris, Rom, Brüssel und Tokio überreicht.

In politischen Kreisen hält man es für sicher, daß sich die deutsche Regierung mit diesem Termin einverstanden erklären wird.